

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur Wiederherstellung historischer Ortsnamen in der Region Kaliningrad

Resolution der Baltischen Versammlung vom 13. November 1994

(Wortlaut)

Die Baltische Versammlung, der Parlamentsabgeordnete aus Lettland, Litauen und Estland angehören, verabschiedete am 13. November 1994 in der litauischen Hauptstadt Vilnius eine Resolution zur Region Kaliningrad, in der u. a. die Wiedereinführung der historischen, d. h. deutschen Ortsnamen gefordert wird. Angesichts der Tatsache, daß die Region Kaliningrad zur Russischen Föderation gehört, ist dieser Vorgang höchst ungewöhnlich. Entsprechend harsch protestierte Moskau gegen die „offene Einmischung“ in innerrussische Angelegenheiten. Am 8. Februar 1994 hatte, auch dies bemerkenswert, das Europaparlament die Zukunft der russischen Exklave debattiert; vgl. dazu die „Blätter“-Dokumentation „Königsberg in Straßburg“ in: „Blätter“, 4/1994, S. 511 ff. D. Red.

Die Baltische Versammlung ist der Ansicht, daß die Zukunft der Region Kaliningrad ganz Europa betrifft und gemeinsame Aktionen verlangt. Die Baltische Versammlung, davon ausgehend,

1. Schlägt vor, daß die Demilitarisierung der Region Kaliningrad als ein wesentliches Element des Sicherheitsprozesses in Zentraleuropa und des gesamten Kontinents behandelt werden sollte.
2. Unterstützt den Vorschlag einer Resolution betreffend den Respekt für Ortsnamen als kulturelles Erbe Europas und die Wiedereinführung alter Ortsnamen in der Region Kaliningrad, wie sie von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates diskutiert wird. Daher appelliert die Baltische Versammlung an den Baltischen Ministerrat und ersucht ihn nachdrücklich, eine internationale Rundtisch-Konferenz über die Demilitarisierung der Region Kaliningrad und ihre zukünftige Entwicklung einzuberufen.

Dokumente zum Verhältnis SPD/PDS

Die „Rote Socken“-Kampagne der CDU hatte den Bundestagswahlkampf wesentlich strukturiert. Auch nach den Wahlen ist die Frage nach dem Umgang mit der PDS beherrschendes Thema, ihre Beantwortung modelliert die Optionen der Opposition und die Möglichkeiten einer alternativen Regierungsbildung.

Für die SPD wird sie zur - nicht zuletzt selbstgestellten - Gretchenfrage. Wir haben zentrale Dokumente der Abgrenzung und Annäherung von SPD und PDS zusammengestellt: beginnend mit dem offenen Brief des damaligen Vorsitzenden des SPD-Ortsverbandes Leipzig-Mitte Michael Müller, der die Relikte sozialdemokratischer Selbstfindungsbemühungen aufgreift und als Leitlinie gegenwärtiger Politik - vor allem in Ostdeutschland - empfiehlt. Dieser Brief gehört nicht nur zu den Auslösern der Debatte, sondern führte auch zum Ende der Bundestagskandidatur des Verfassers und der Aberkennung seiner Parteifunktionen. D. Red.